



Ergebnisbericht

des Inklusions-Monitors 2020

im Auftrag des Thüringer Beauftragten für Menschen mit Behinderungen

Auftragnehmerin

INSA-CONSULERE GmbH

Herr Hermann Binkert

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel: +49 361 380 395 70

Fax: +49 361 64 43 111

Projektbeschreibung

Im Auftrag des Thüringer Beauftragten für Menschen mit Behinderungen wurde 2016 ein Inklusions-Monitor in Thüringen ins Leben gerufen. In landesweiten Erhebungen in den Jahren 2016, 2017, 2018 und 2019 wurden die Thüringer zu verschiedenen Aspekten rund um die Thematik „Menschen mit Behinderungen“ befragt. Um fortlaufend Veränderungen im Meinungsbild der Thüringer Bevölkerung zu erheben wurde auch im Jahr 2020 der Inklusions-Monitor durchgeführt. Der Inklusions-Monitor besteht aus einem allgemeinen Teil, der jedes Jahr gleichermaßen abgefragt wird, und einem thematischen Schwerpunkt-Teil. Dieser Schwerpunkt ist im Jahr 2020 „Corona“.

Methodik

Für den Inklusions-Monitor 2020 wurde eine bevölkerungsrepräsentative Telefon- und Online-Befragung mit insgesamt 1.042 Personen aus Thüringen ab 18 Jahren durchgeführt. Der Erhebungszeitraum lag zwischen dem 09.11.2020 und dem 17.11.2020.

Von den 1.042 befragten Personen haben 189 (18 %) angegeben selbst eine Behinderung zu haben. 394 (38 %) geben an, Menschen mit Behinderung im Familien- oder Freundeskreis zu haben.

Hinweis: Wenn nicht anders angegeben beziehen sich alle Anteile auf alle 1.042 Befragten bzw. auf die jeweiligen Fallzahlen der Monitore in den vergangenen Jahren.

Im Inklusions-Monitor 2016 nahmen zwischen dem 15.11.2016 und dem 23.11.2016 1.002 Personen aus Thüringen ab 18 Jahren teil. Befragt wurde telefonisch.

Im Inklusions-Monitor 2017 nahmen zwischen dem 20.11.2017 und dem 24.11.2017 1.007 Personen aus Thüringen ab 18 Jahren teil. Befragt wurde telefonisch.

Im Inklusions-Monitor 2018 nahmen zwischen dem 14.11.2018 und dem 26.11.2018 1.015 Personen aus Thüringen ab 18 Jahren teil. Befragt wurde telefonisch und online.

Im Inklusions-Monitor 2019 nahmen zwischen dem 12.08.2019 und dem 19.08.2019 1.009 Personen aus Thüringen ab 18 Jahren teil. Befragt wurde telefonisch und online.

Allgemeiner Teil

Wenn Sie an Menschen mit einer Behinderung denken, welche der folgenden Wortassoziationen empfinden Sie als zutreffend?

Eingangs wurden die Befragten auch dieses Jahr wieder darum gebeten verschiedene Begriffe Menschen mit Behinderung zuzuordnen.

Wenn Sie an Menschen mit einer Behinderung denken, welche der folgenden Wortassoziationen empfinden Sie als zutreffend?

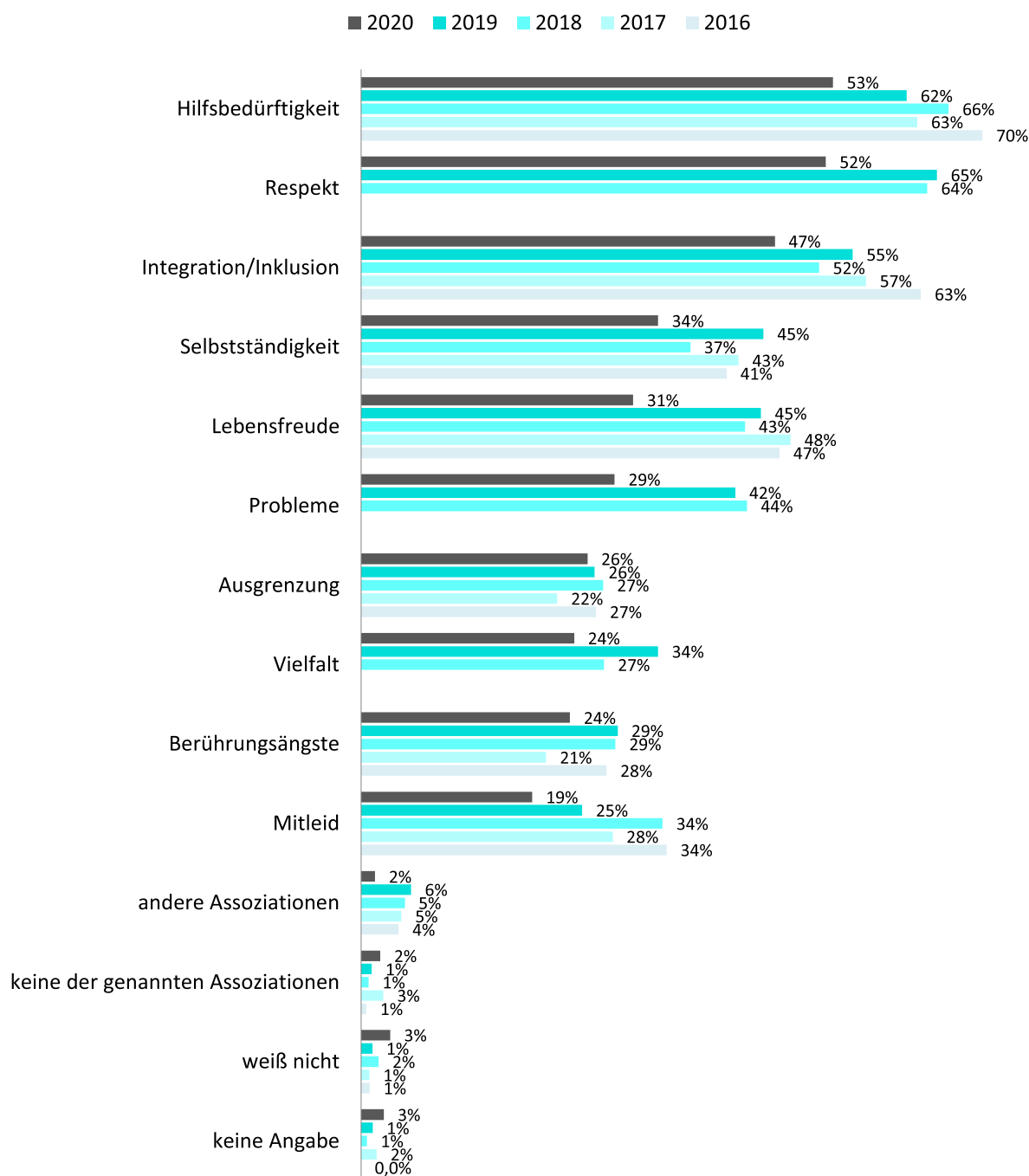


Abbildung 1: "Wenn Sie an Menschen mit einer Behinderung denken, welche der folgenden Wortassoziationen empfinden Sie als zutreffend?", nach Ergebnissen 2020, 2019, 2018, 2017 und 2016

Auf das Spannungsfeld zwischen „Hilfsbedürftigkeit“ (53 %) und „Respekt“ (52 %) entfallen die meisten Wortassoziationen. Besonders Frauen, Ältere und Bewohner von ländlichen Regionen verbinden diese Begriffe mit Menschen mit Behinderungen. „Integration/Inklusion“ (47 %), „Selbstständigkeit“ (34 %) und „Lebensfreude“ (31 %) folgen auf den Rängen drei, vier und fünf. Diese positiven Assoziationen haben vor allem Ältere und Personen mit Behinderten im persönlichem Umfeld. „Probleme“ (29 %) werden überdurchschnittlich oft von Menschen genannt, die selbst eine Behinderung haben.

Im Vergleich zu den Vorjahreswellen zeigt sich ein signifikanter Rückgang fast aller Werte. Während „Ausgrenzung“ (26%) und „Berührungsängste“ (24%) noch relativ stabil bleiben, sinkt prozentual gesehen „Mitleid“ (19 %) gegenüber der ersten Welle im Jahr 2016 am stärksten.

Dabei fällt auf, dass je höher der Schul- oder Berufsabschluss ist, desto weniger häufig wird der Begriff „Mitleid“ von den Befragten ausgewählt. Gleichzeitig zeigt sich in dieser und in den verschiedenen Gruppen des Haushaltseinkommens ein weiterer interessanter Zusammenhang. Je höher der Schulabschluss oder das Haushaltsnettoeinkommen ist, desto eher werden Menschen mit Behinderung mit dem Begriff der „Integration/Inklusion“ und umso weniger mit „Mitleid“ in Verbindung gebracht.

Besonders Menschen über 60 Jahre nehmen Menschen mit Behinderung überdurchschnittlich als lebensfroh und selbständig wahr und ordnen ihnen unterdurchschnittlich häufig Begriffe wie „Ausgrenzung“ und „Berührungsängste“ zu.

Von den positiven Assoziationen mit Menschen mit einer Behinderung, entfallen auf die Nennung „Respekt“ die häufigsten Nennungen (70 %), gefolgt von „Integration/Inklusion“ mit 63 Prozent, „Selbstständigkeit“ (45 %), „Lebensfreude“ (41 %) und „Vielfalt“ mit 32 Prozent. Die positiven Assoziationen werden von weiblichen Befragten häufiger getätigt als von männlichen, wobei diese geschlechterspezifischen Unterschiede bei der Assoziation „Selbstständigkeit“ (50 zu 39 %), „Lebensfreude“ (46 zu 36 %) und „Vielfalt“ (37 zu 27 %) am größten sind.

Von den positiven Assoziationen werden die meisten Assoziationen von den beiden ältesten Befragungsgruppen deutlich häufiger genannt als von den jüngeren Befragungsgruppen: So wird die Assoziation „Respekt“ von 75 bzw. 76 Prozent der beiden älteren Gruppen und von 59 bis 64 Prozent der drei jüngeren Gruppen, die Assoziation „Integration/Inklusion“ von 64 bzw. 67 Prozent zu 57 bis 59 Prozent und „Selbstständigkeit“ von 45 bzw. 55 Prozent zu 23 bis 45 Prozent genannt. Die Assoziation „Lebensfreude“ wird von den ältesten Befragten deutlich häufiger genannt als von den anderen Altersgruppen (48 zu 34 bis 38 %). Von den positiven Nennungen wird die Assoziation „Vielfalt“ hingegen von den jüngsten Befragten am häufigsten genannt (44 zu 27 bis 33 %).

Von den negativen Assoziationen wird „Hilfsbedürftigkeit“ deutlich am häufigsten genannt: drei Viertel aller negativen Assoziationen entfallen auf diese. Gefolgt von „Probleme“ (40 %), „Ausgrenzung“ (36 %), „Berührungsängste“ (33 %) und „Mitleid“ (27 %). Dabei verbinden die 30- bis 39-Jährigen deutlich seltener „Probleme“ mit Menschen mit Behinderung als die anderen Befragungsgruppen (28 zu 41 bis 47 %). Die jüngsten Befragten (18 bis 29 Jahre) nennen deutlich häufiger „Mitleid“ mit Menschen mit Behinderung zu empfinden als die anderen Altersgruppen (41 zu 18 %).

Von den negativen Assoziationen werden „Probleme“ von Menschen mit Behinderung häufiger assoziiert als von Menschen ohne eigener Behinderung (53 zu 37 %), genau wie Ausgrenzung (49 zu 33 %). „Berührungsängste“ hingegen werden von Menschen ohne eigener Behinderung genannt (34 zu 29 %).

Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen?

Im Fokus der zweiten Frage standen allgemeine Aussagen zu Inklusionsmaßnahmen und Menschen mit Behinderung.

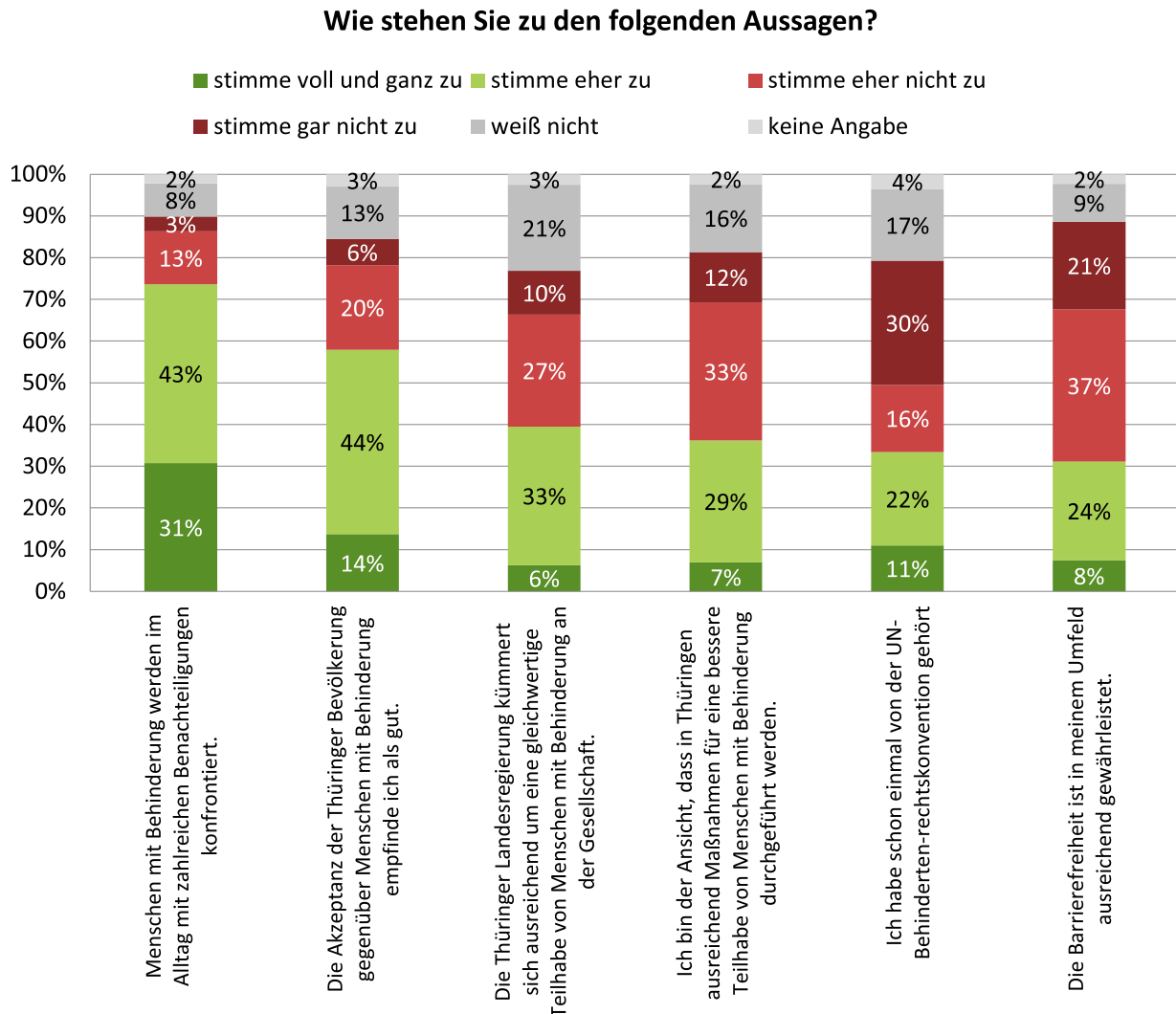


Abbildung 2: "Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?"

Die höchsten Zustimmungswerte erhält die Aussage „Menschen mit Behinderung werden im Alltag mit zahlreichen Benachteiligungen konfrontiert“. 31 Prozent stimmen dieser Aussage voll und ganz zu, 43 Prozent stimmen eher zu, 13 Prozent eher nicht und drei Prozent stimmen gar nicht zu. Zehn Prozent können kein Urteil abgeben (weiß nicht) oder wollen diese Frage gar nicht beantworten (keine Angabe). Insgesamt liegt der Zustimmungsgrad bei der Aussage nach den zahlreichen Benachteiligungen bei 74 Prozent. Dieser erhöht sich auf 80 Prozent, wenn der oder die Befragte selbst eine Behinderung oder eine Person mit Behinderung in seinem Familien- oder Freundeskreis hat. Tendenziell stimmen ältere Befragte dieser Aussage häufiger zu als jüngere (82 bzw. 76 % zu 59 bis 72 %). Außerdem stimmen Befragte ohne Migrationshintergrund häufiger der Aussage zu, dass Menschen mit Behinderung im Alltag mit zahlreichen Benachteiligungen konfrontiert sind als Befragte, die keinen Migrationshintergrund aufweisen (76 zu 70 %).

Trotz der zahlreichen Benachteiligungen im Alltag wird die „Akzeptanz der Thüringer Bevölkerung gegenüber Menschen mit Behinderung“ von kumuliert 58 Prozent aller Befragten mit „gut“ bewertet. Eine eigene Behinderung hat hier aber keinen Einfluss auf die Zustimmung. 58 Prozent der

Befragten mit Behinderung und 59 Prozent derer ohne Behinderungen stimmen hier voll oder eher zu. Männliche Befragte stimmen hierbei deutlich häufiger zu als weibliche (63 zu 53 %). Außerdem steigt mit zunehmenden Lebensalter tendenziell die Zustimmung zur Aussage, dass die Akzeptanz der Thüringer Bevölkerung gegenüber Menschen mit Behinderung gut sei (von 44 % bei den 18- bis 29-Jährigen auf 65 % bei den ab 60-Jährigen). Außerdem steigt die Zustimmung mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen von 49 Prozent bei den Befragten, welche unter 1.000 Euro verdienen auf 65 Prozent bei den Befragten, welche 4.000 Euro oder mehr verdienen.

Die Zustimmungsraten zu den restlichen Aussagen liegen jeweils kumuliert unter 50 Prozent, die Ablehnungen (stimme eher nicht oder gar nicht zu) überwiegen und es gibt teils deutliche Unterschiede zwischen Menschen mit oder ohne Behinderung.

Der Aussage, dass sich „die Thüringer Landesregierung ausreichend um eine gleichwertige Teilhabe von Menschen mit Behinderung an der Gesellschaft kümmert“ stimmen 39 Prozent aller Befragten und 28 Prozent der Personen mit eigener Behinderung zu. Dies geben Befragte zwischen 18 und 29 Jahren seltener an als die anderen Altersgruppen (27 % zu 31 bis 48 %). Auch dem stimmen Befragte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.000 Euro deutlich seltener zu als die anderen Einkommensgruppen (19 zu 38 bis 47 %). Grundsätzlich können dieser Aussage Wähler der Linken (54 zu 28 %), der CDU (44 zu 42 %) und der SPD (41 zu 38 %) sowie der Grünen (41 zu 37 %) mehrheitlich zustimmen, während aktuelle Wähler der AfD (41 zu 38 %) und der FDP (36 zu 31 %) mehrheitlich nicht zustimmen.

Auch dass „Thüringen ausreichend Maßnahmen für eine bessere Teilhabe von Menschen mit Behinderung durchführt“ beurteilt die Gesamtstichprobe mit 36 Prozent deutlich besser als die Befragten mit Behinderung (29%). Die 18- bis 29- und die 50- bis 59-Jährigen stimmen dieser Aussage seltener zu, als dies die anderen Altersgruppen tun (28 bzw. 30 zu 36 bis 41 %). Außerdem stimmen Befragte mit Abitur oder der Fachhochschulreife (33 %) dieser Aussage weniger häufig zu als Befragte mit einem mittleren Abschluss (38 %) oder einem Haupt- oder Volkshochschulabschluss (45 %). Wie bereits bei der Zustimmung zu den anderen Aussagen, kann auch bei dieser festgestellt werden, dass Befragte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.000 Euro der Aussage deutlich seltener zustimmen als die anderen Befragten (16 zu 32 bis 46 %).

Die „Barrierefreiheit“ hingegen wird insgesamt von 32 Prozent und von 28 Prozent der Menschen mit Behinderung als ausreichend bewertet. Hier zeigen sich allerdings die Unterschiede in der Top-Ablehnungsrate „stimme gar nicht zu“ mit 19 Prozent (alle) zu 29 Prozent (Menschen mit Behinderung). Dass die „Barrierefreiheit“ ausreichend sei, lehnen weibliche Befragte deutlich häufiger ab als männliche (62 zu 53 %). Sämtliche Wählergruppen lehnen absolut-mehrheitlich diese Aussage ab, wobei die Ablehnung unter aktuellen Wählern der Grünen (63 zu 29 %) am größten und unter Wählern der AfD (52 zu 34 %) am geringsten ist.

Von der UN-Behindertenrechtskonvention haben 33 Prozent (Vorjahr 34 Prozent) der Befragten schon einmal gehört. Nicht der Fall ist dies bei 46 Prozent (Vorjahr 48 Prozent). Es ergeben sich also keine signifikanten Veränderungen in der Bekanntheit. Interessanterweise gibt es nur geringe Unterschiede zwischen Menschen mit oder ohne Behinderungen. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist 38 Prozent der Menschen mit Behinderung und 33 Prozent der Menschen ohne Behinderung ein Begriff. Dabei geben ältere Befragte (ab 50 Jahre) häufiger an, schon einmal von der UN-Behindertenkonvention gehört zu haben als jüngere (39 bzw. 37 zu 25 bis 30 %). Wählern der SPD (49 %) ist diese am häufigsten und Wählern der FDP (19 %) am seltensten bekannt.

Verglichen mit den Vorjahren nehmen die Befragten weniger Benachteiligungen von Menschen mit Behinderung im Alltag wahr. Während die restlichen Aussagen mehr oder weniger auf dem Vorjahresniveau liegen, macht sich im Vergleich zu den vorherigen Untersuchungswellen ein Rückgang der Akzeptanz in der Bevölkerung von Thüringen bemerkbar.

Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen?

nur Zustimmungswerte

■ 2020 ■ 2019 ■ 2018 ■ 2017 ■ 2016

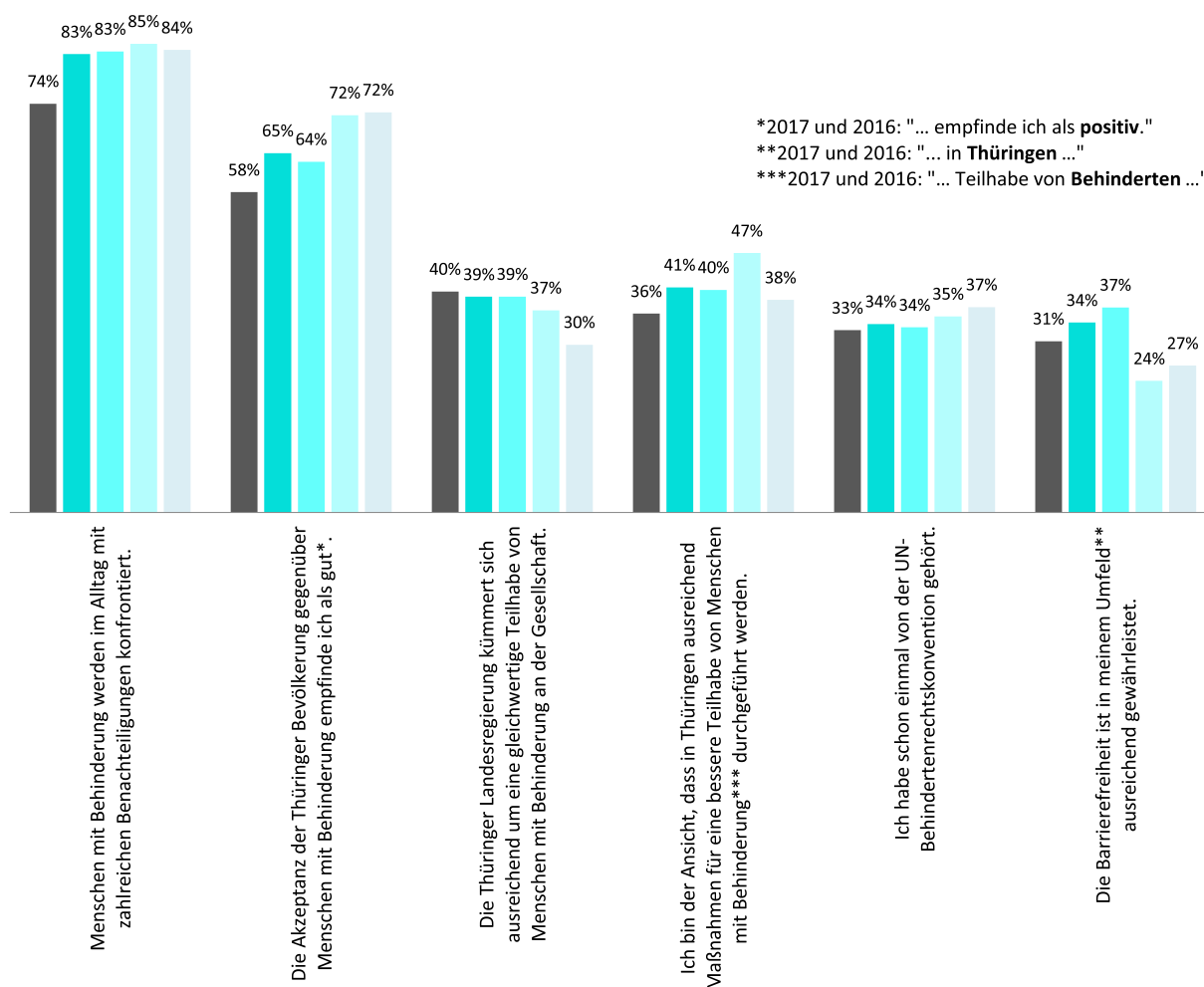


Abbildung 3: "Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?", nur Zustimmungswerte, nach Ergebnissen 2020, 2019, 2018, 2017 und 2016

Was bedeutet der Begriff der Inklusion für Sie?

Auf die offene Frage, was der Begriff Inklusion für die Befragten bedeutet, geben 24 Prozent an diesen Begriff nicht zu kennen. Die Bekanntheit des Wortes Inklusion ist damit gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben. 51 Prozent der Befragten haben eine Antwort auf diese Frage. Ob bei den Befragten selbst eine Behinderung vorliegt hat keinen Einfluss darauf, ob eine Antwort gegeben wurde (55 und 51%), oder ob die Befragten den Begriff wörtlich (falsch) verstehen (3 und 5 %).

Was bedeutet der Begriff der Inklusion für Sie?

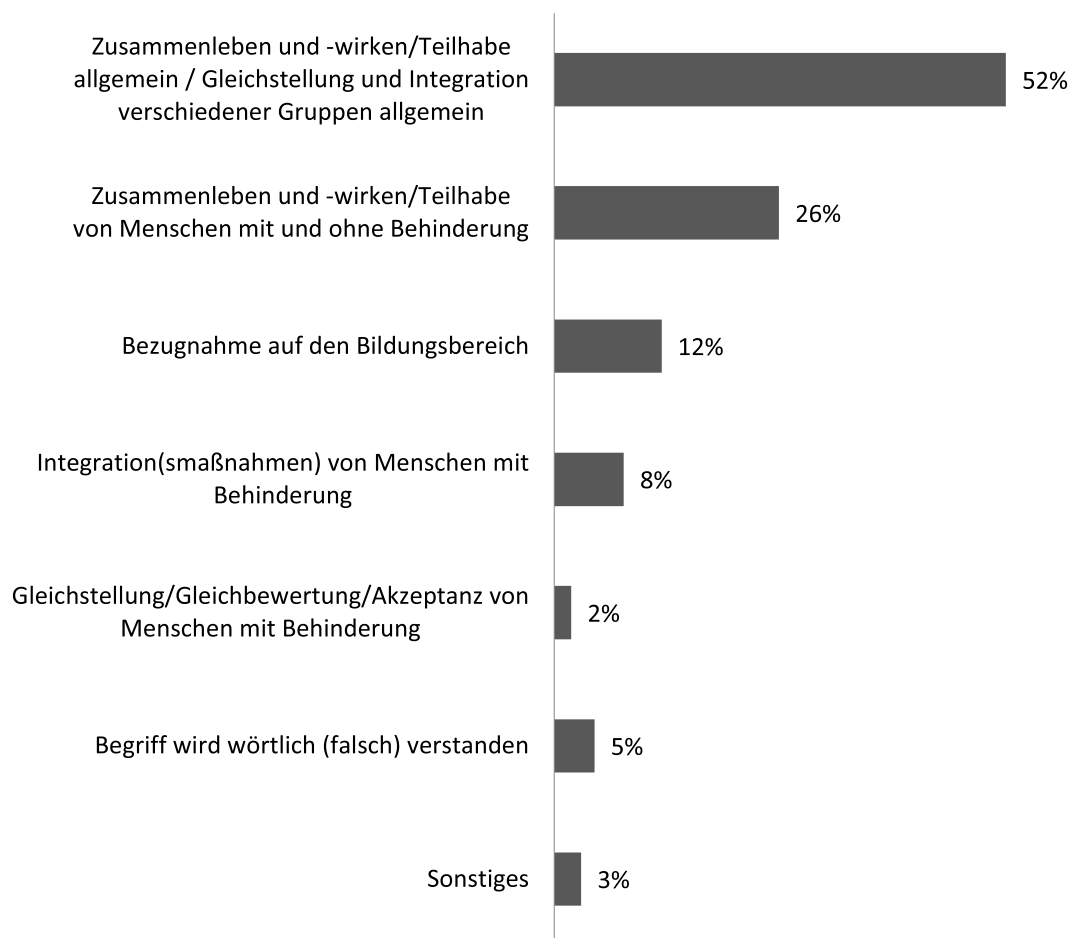


Abbildung 4: "Was bedeutet der Begriff der Inklusion für Sie?", offene Nennungen, n=530

Für 52 Prozent der Befragten mit Nennung bedeutet der Begriff ein Zusammenleben bzw. -wirken von unterschiedlichen Menschen allgemein. 26 Prozent nennen ebenfalls das Zusammenleben bzw. -wirken, acht Prozent die Integration und zwei Prozent die Gleichberechtigung, beziehen aber diese Begrifflichkeiten speziell auf Menschen mit Behinderung.

13 Prozent geben eine eigene, wörtliche Begriffsdefinition an. Diese ist nicht immer richtig. Acht Prozent beziehen sich auf die Debatte im Bildungsbereich (z.T. ausschließlich) und fünf Prozent der Befragten geben offensichtlich falsche oder Definitionen aus der Mathematik oder Naturwissenschaft wieder.

Je höher der Schulabschluss und je größer das Haushaltsnettoeinkommen ist, desto häufiger bedeutet Inklusion für die Befragten das Zusammenleben und -wirken bzw. die Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung.

Was wissen und halten Sie von der Inklusions-Debatte?

In einer weiteren offenen Frage, was die Befragten von der Inklusions-Debatte wissen oder halten, geben 63 Prozent an, dass sie darüber nichts wissen. 2019 lag dieser Anteil bei 57 Prozent. 25 Prozent geben eine Antwort auf die Frage. Befragte mit Behinderung antworteten zu 31 Prozent, die ohne Behinderung zu 24 Prozent.

Was wissen und halten Sie von der Inklusions-Debatte?

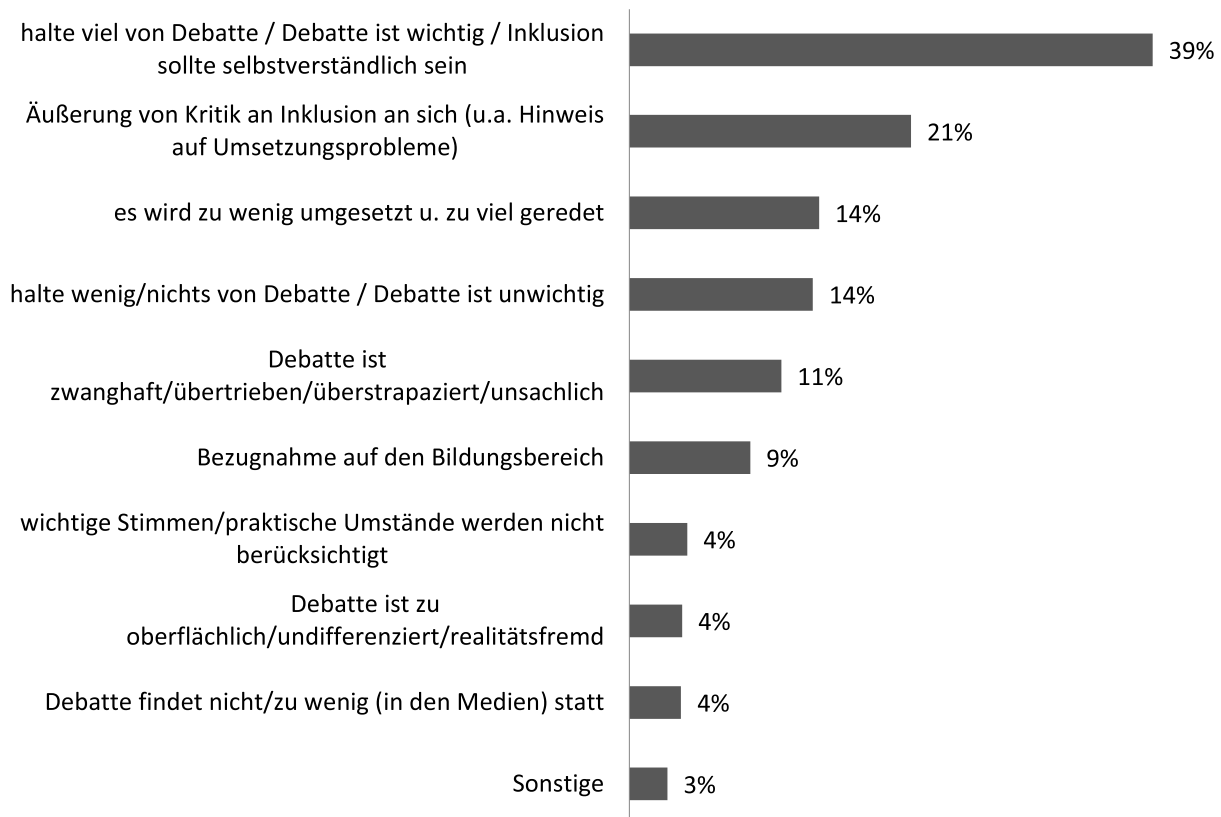


Abbildung 5: "Was wissen und halten Sie von der Inklusions-Debatte?", offene Nennungen, n=262

Die meisten dieser Befragten (39 %) geben an, viel von der Debatte zu halten. Sie sind der Meinung, dass diese wichtig sei und weisen außerdem hin und wieder darauf hin, dass Inklusion eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Die größten Verfechter dieser Meinung finden sich in den Zielgruppen der Frauen und der Älteren über 60 Jahren. Auch die vier Prozent, die bemängeln, dass die Debatte zu wenig (in den Medien) stattfindet, kann man noch dem Lager der positiv Gestimmten zurechnen.

21 Prozent äußern hingegen eine generelle Kritik und jeweils 14 Prozent halten die Debatte für unwichtig oder unterstellen ihr viel Gerede mit wenig Umsetzung. Neun Prozent beziehen sich auf den Bildungsbereich und weisen hier vor allem auf Umsetzungsprobleme (z.B. durch Mangel an geeignetem Personal) hin. Jeweils vier Prozent bemängeln eine oberflächliche oder realitätsfremde Debatte und dass wichtige Stimmen nicht berücksichtigt werden. Offene Kritik an dem Begriff und der Umsetzung wird vorwiegend von Männern geäußert.

Können Sie mir ein Beispiel für funktionierende Inklusions-Maßnahmen oder gute Barrierefreiheit in Ihrem Umfeld nennen?

In der dritten offenen Frage wurde nach funktionierenden Inklusions-Maßnahmen oder Barrierefreiheiten gefragt.

Können Sie ein Beispiel für funktionierende Inklusions-Maßnahmen oder gute Barrierefreiheit in Ihrem Umfeld nennen?

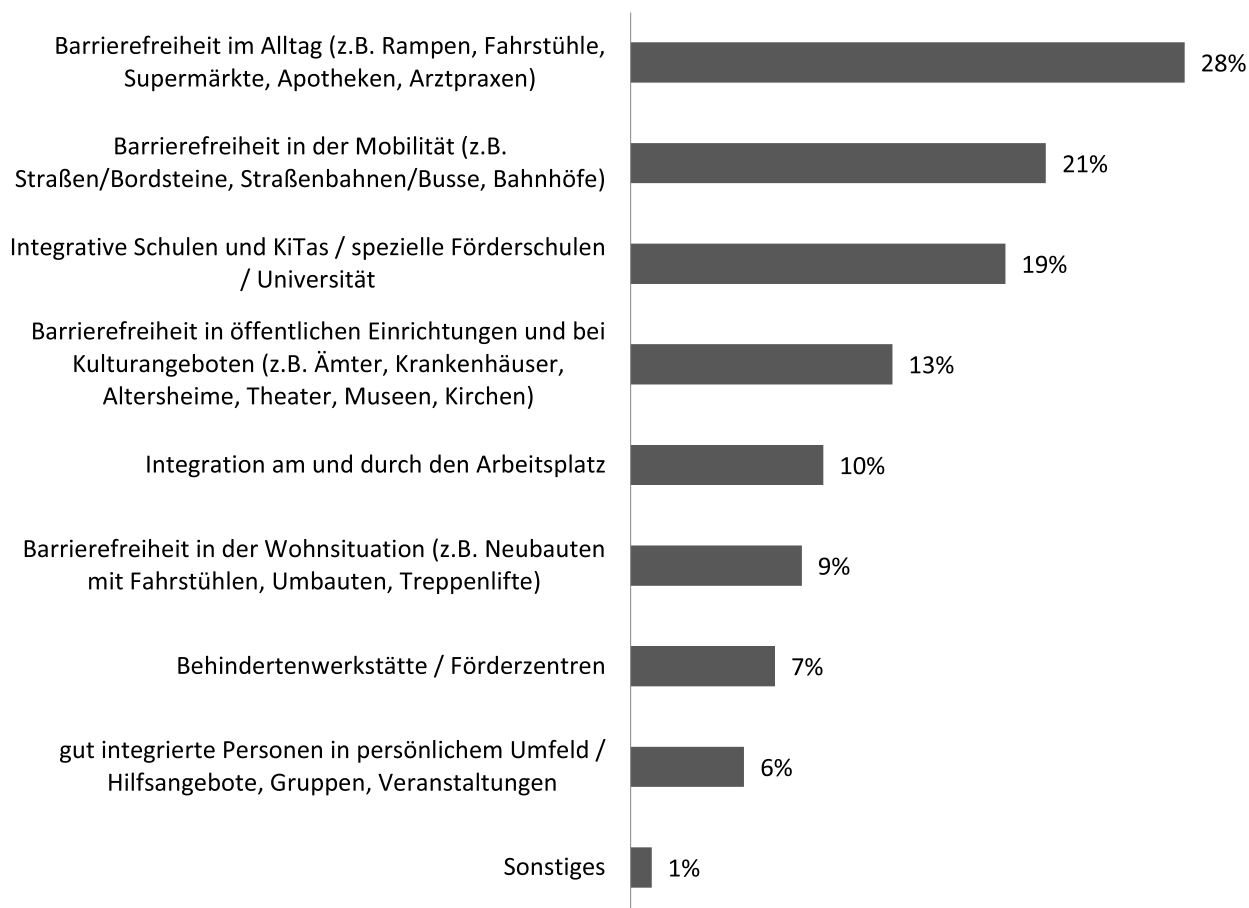


Abbildung 6: "Können Sie ein Beispiel für funktionierende Inklusions-Maßnahmen oder gute Barrierefreiheit in Ihrem Umfeld nennen?", offene Nennungen, n=244

55 Prozent der befragten Männer und Frauen können ad-hoc keine positiven Beispiele aufführen. Bei Betrachtung der Teilgruppen sticht nur die Altersdifferenzierung hervor. Die Jüngern im Alter von 18 bis 29 und die Älteren ab 60 Jahren weichen mit 36 Prozent bzw. 63 Prozent deutlich vom Durchschnitt ab. Menschen mit oder ohne Behinderung unterscheiden sich in ihrem Antwortverhalten kaum und können zu 54 Prozent oder 56 Prozent keine funktionierenden Maßnahmen schildern.

Am häufigsten (28 %) wird die Barrierefreiheit im Alltag, also in Supermärkten, Apotheken oder Arztpraxen, genannt. Gefolgt von den Maßnahmen im öffentlichen Fern- und Nahverkehr (21 %) und in den öffentlichen Bereichen wie Bildung (19 %), oder Kultureinrichtungen, Ämtern und Krankenhäusern (13%). Zehn Prozent geben an, Maßnahmen an ihrem Arbeitsplatz wahrgenommen zu haben, neun Prozent in ihrem Wohnumfeld. Sieben Prozent wissen von Behindertenwerkstätten oder Förderzentren und sechs Prozent kennen selbst gut integrierte Personen oder Gruppen.

Schwerpunkt-Teil „Corona“

Sind Menschen mit Behinderung Ihrer Meinung nach mehr oder weniger von den negativen Auswirkungen der coronabedingten Einschränkungen betroffen als Menschen ohne Behinderung?

Zum Auftakt des diesjährigen Schwerpunktes des Fragebogens baten wir um eine Einschätzung der Thüringer, inwieweit Menschen mit Behinderung mehr oder weniger betroffen von den negativen Auswirkungen der Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie sind.

Sind Menschen mit Behinderung Ihrer Meinung nach mehr oder weniger von den negativen Auswirkungen der coronabedingten Einschränkungen betroffen als Menschen ohne Behinderung?

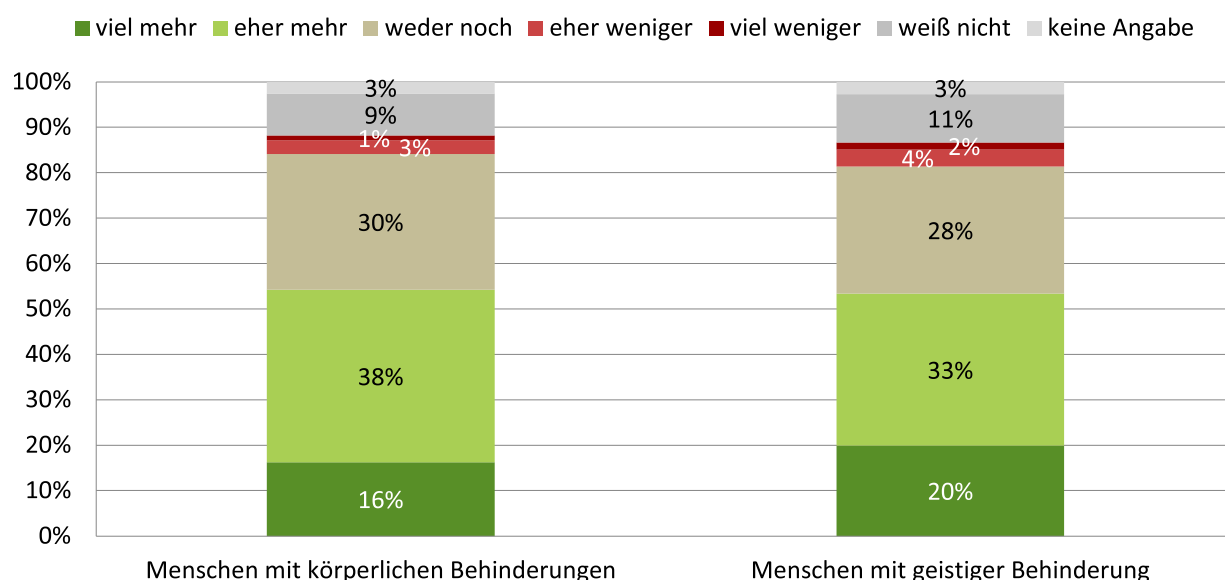


Abbildung 7: "Sind Menschen mit Behinderung Ihrer Meinung nach mehr oder weniger von den negativen Auswirkungen der coronabedingten Einschränkungen betroffen als Menschen ohne Behinderung?"

Differenziert nach körperlichen und geistigen Einschränkungen ergibt sich für beide Gruppen ein eindeutiges Bild. Aus der Sicht der Befragten sind Menschen mit einer körperlichen Behinderung zu 54 Prozent (53 % mit geistiger Behinderung) mehr als Menschen ohne Behinderung von den coronabedingten Einschränkungen betroffen. 30 bzw. 28 Prozent schätzen die Betroffenheit in etwa gleich ein und vier, respektive sechs Prozent geben bei dieser Frage „eher weniger“ oder „viel weniger“ an. Gestützt wird diese Einschätzung von Befragten mit einer Behinderung (kumuliert 68 Prozent für Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen). 18- bis 29-Jährige schätzen die Einschränkungen mit 44 und 42 Prozent geringer ein.

Ist es für Menschen mit Behinderung Ihrer Meinung nach schwieriger oder einfacher, die Corona-Schutzmaßnahmen (z.B. Abstandsregeln, Tragen von Mund-Nasen-Schutz, Kontaktbeschränkungen) einzuhalten?

Aus Sicht der Gesamtstichprobe fällt es vor allem Menschen mit einer geistigen Behinderung schwer, die Corona-Schutzmaßnahmen einzuhalten. 68 Prozent meinen, dass es für Menschen mit geistiger Behinderung schwieriger sei, die Abstandsregeln oder die Kontaktbeschränkungen einzuhalten sowie einen Mund-Nasenschutz zu tragen.

Ist es für Menschen mit Behinderung Ihrer Meinung nach schwieriger oder einfacher, die Corona-Schutzmaßnahmen (z.B. Abstandsregeln, Tragen von Mund-Nasen-Schutz, Kontaktbeschränkungen) einzuhalten?

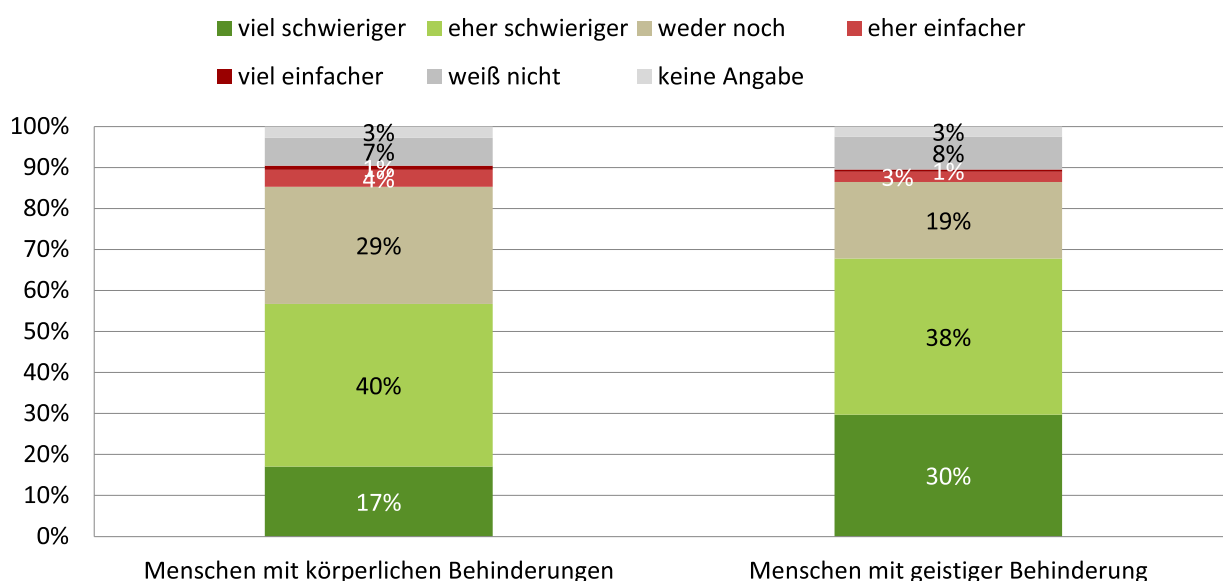


Abbildung 8: "Ist es für Menschen mit Behinderung Ihrer Meinung nach schwieriger oder einfacher, die Corona-Schutzmaßnahmen (z.B. Abstandsregeln, Tragen von Mund-Nasen-Schutz, Kontaktbeschränkungen) einzuhalten?"

Wie schon bei der Frage nach der Betroffenheit sind die Einschätzungen zur Fähigkeit der Menschen mit geistiger Behinderung mit den Pandemieauflagen umzugehen, in der Teilgruppe der Befragten mit Behinderung über- und in der Teilgruppe der 18- bis 29-Jährigen unterrepräsentiert. Außerdem geben aktuelle Wähler der Grünen häufiger an, dass es für Menschen mit einer geistigen Behinderung schwieriger sei, sich an die Corona-Schutzmaßnahmen zu halten, als dies die anderen Wählergruppen angeben (81 zu 66 bis 75 %).

Menschen mit einer Behinderung schätzen aber die Fähigkeit, sich an die Corona-Auflagen zu halten, von Menschen mit einer körperlichen Behinderung ebenso hoch ein wie Menschen ohne Behinderung.

Wurde während der Epidemie Ihrer Meinung nach genügend auf die Gefahren für Menschen mit Behinderung durch das Corona-Virus hingewiesen?

Die Frage nach einer ausreichenden Warnung für Menschen mit Behinderung antworten 44 Prozent der Thüringer und 55 Prozent der Menschen mit eigener Behinderung mit „nein“. Bei Befragten ohne Behinderungen liegt die Einschätzung auf dem Gesamtniveau.

Wurde während der Epidemie Ihrer Meinung nach genügend auf die Gefahren für Menschen mit Behinderung durch das Corona-Virus hingewiesen?

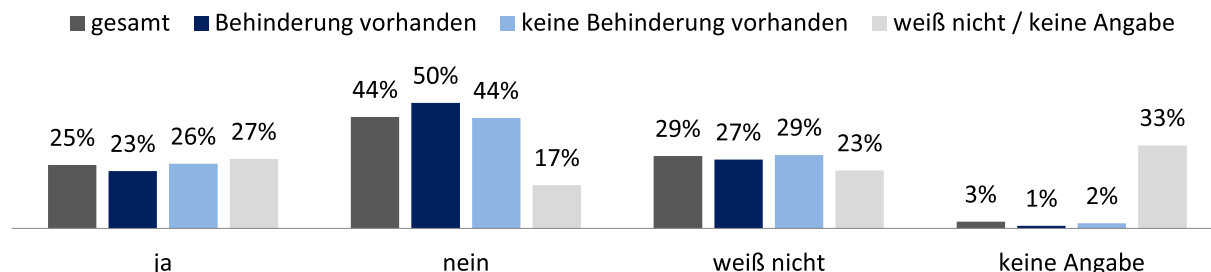


Abbildung 9: "Wurde während der Epidemie Ihrer Meinung nach genügend auf die Gefahren für Menschen mit Behinderung durch das Corona-Virus hingewiesen?"

Auch Personen mit einem behinderten Menschen im persönlichen Umfeld fühlen sich mit 51 Prozent Neinstimmen schlechter informiert. Dabei fühlen sich weibliche Befragte etwas häufiger nicht ausreichend über die Gefahren für Menschen mit Behinderung durch das Corona-Virus informiert als männliche (46 zu 42 %). Auch Befragte ohne Migrationshintergrund fühlen sich deutlich häufiger nicht ausreichend informiert als mit Migrationshintergrund (47 zu 37 %), sowie Befragte mit Abitur (48 %) häufiger sich nicht ausreichend informiert fühlen als Befragte mit einem mittleren Schulabschluss (46 %) und einem Haupt- bzw. Volkshochschulabschluss (31 %). Auch Wähler der SPD fühlen sich häufiger nicht ausreichend informiert als die anderen Wählergruppen (61 zu 36 bis 45 %).

Sind Ihnen Corona-Informationsangebote speziell für Menschen mit Behinderung bekannt?

Spezielle Corona-Informationsangebote sind kaum bekannt, auch in der Teilstichprobe der Menschen mit Behinderung nicht. 86 Prozent aller Befragten und 87 Prozent der Befragten mit einer Behinderung kennen keine speziellen Informationsangebote.

Sind Ihnen Corona-Informationsangebote speziell für Menschen mit Behinderung bekannt?

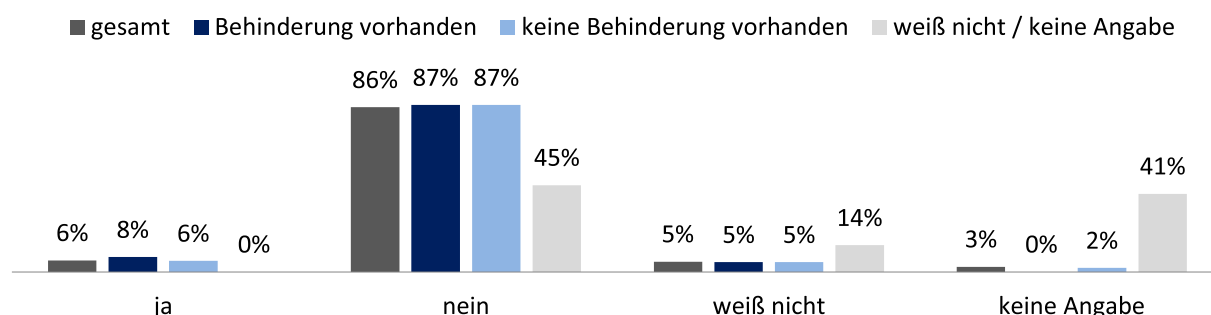


Abbildung 10: "Sind Ihnen Corona-Informationsangebote speziell für Menschen mit Behinderung bekannt?"

Aufgrund des geringen Anteils an „ja“-Antworten ergeben sich kaum Differenzen nach verschiedenen soziodemographischen Variablen.

Für wie verständlich halten Sie diese Corona-Informationsangebote speziell für Menschen mit Behinderung?

Von den 62 Personen, denen Corona-Informationsangebote bekannt sind, geben 29 Prozent an, dass diese voll und ganz verständlich für Menschen mit Behinderung waren und 40 Prozent, dass diese eher verständlich waren. 19 Prozent halten diese für eher nicht verständlich, niemand für gar nicht verständlich.

Auch hier ist ein Blick auf die verschiedenen soziodemographischen Untergruppen aufgrund der geringen Fallzahl wenig hilfreich.

Wissen Sie, was Werkstätten für Menschen mit Behinderung sind?

Im Gegensatz zu den Corona-Informationsangeboten sind fast allen Befragten Werkstätten für Menschen mit Behinderung bekannt. Da Werkstätten in den Folgefragen mitunter erwähnt werden, wurde nach der Wissensabfrage ein kurzer erklärender Text zu Werkstätten für Menschen mit Behinderung angezeigt bzw. vorgelesen.

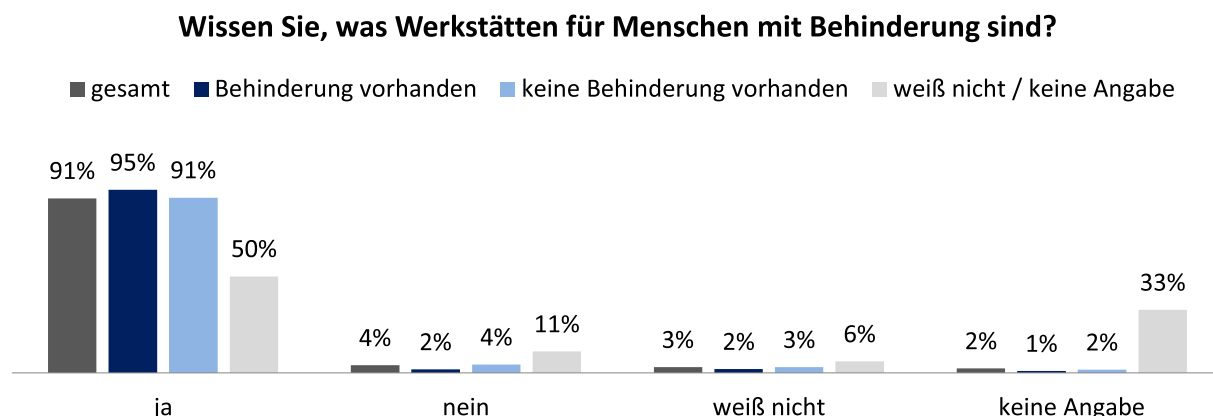


Abbildung 11: "Wissen Sie, was Werkstätten für Menschen mit Behinderung sind?"

Auch hier ist ein Blick auf Differenzierungen nach verschiedenen Befragtengruppen aufgrund des sehr homogenen Antwortverhaltens nicht sinnvoll.

Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen?

Die Befürwortung bzw. Ablehnung einer Reihe von Aussagen zu der Teilhabe von Menschen mit Behinderung während einer Pandemie wurde mit einer vierstelligen Skala abgefragt. Demnach ist „die pauschale Zuordnung von Menschen mit Behinderung zur Risikogruppe während der Corona-Epidemie“ aus der Sicht von 56 Prozent der Befragten zu wenig differenziert. In der Teilgruppe der Menschen mit Behinderung steigt dieser Wert auf 63 Prozent, bei Befragten mit einer Person mit Behinderung im persönlichen Umfeld auf 61 Prozent.

Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen?

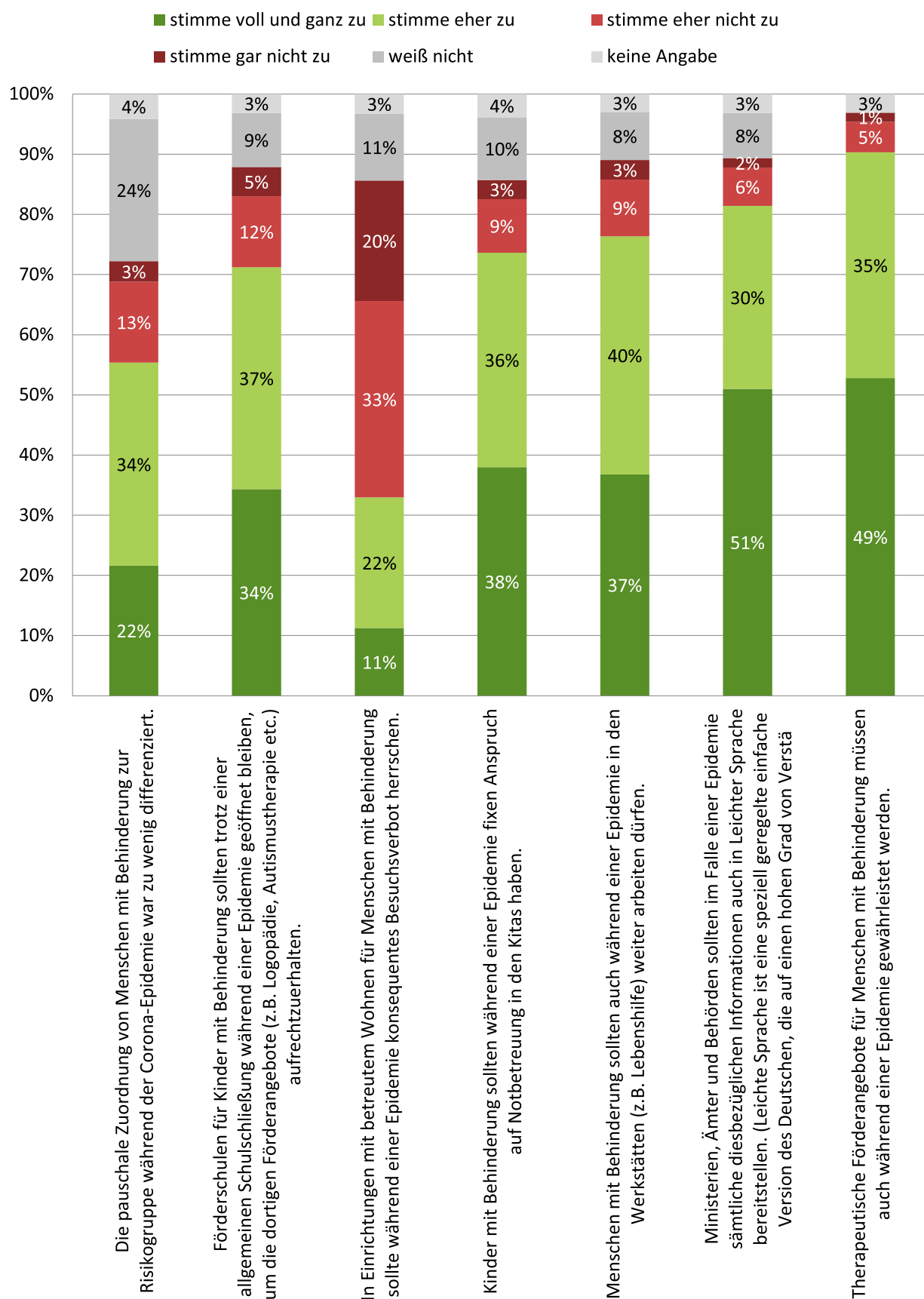


Abbildung 12: "Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen?"

81 Prozent sind der Meinung, dass Ministerien, Ämter und Behörden auch im Falle einer Epidemie sämtliche diesbezüglichen Informationen auch in Leichter Sprache bereitstellen sollen. Dieser Wunsch findet somit eine breite Basis und wird im gleichen Ausmaß von Menschen mit oder ohne Behinderung geäußert.

Die Zustimmungsraten zu den anderen fünf Aussagen lassen sich damit zusammenfassen, dass für Menschen mit Behinderungen Förder- und Betreuungseinrichtungen auch zu Coronazeiten geöffnet bleiben und Kontaktverbote gelockert werden sollen. So erhält die Aussage „Therapeutische Förderangebote für Menschen mit Behinderung müssen auch während einer Epidemie gewährleistet werden“ mit 84 Prozent die höchste Zustimmung. Jeweils mehr als 70 Prozent stimmen den Aussagen „Menschen mit Behinderung sollten auch während einer Epidemie in den Werkstätten (z.B. Lebenshilfe) weiter arbeiten dürfen.“, „Kinder mit Behinderung sollten während einer Epidemie fixen Anspruch auf Notbetreuung in den Kitas haben.“ und „Förderschulen für Kinder mit Behinderung sollten trotz einer allgemeinen Schulschließung während einer Epidemie geöffnet bleiben, um die dortigen Förderangebote (z.B. Logopädie, Autismustherapie etc.) aufrechtzuerhalten.“ zu. Die Aussage „In Einrichtungen mit betreutem Wohnen für Menschen mit Behinderung sollte während einer Epidemie konsequentes Besuchsverbot herrschen“ erhält mit 53 Prozent die höchste Ablehnung.

Die Zustimmungs- oder Ablehnungsraten sind über alle Teilstichproben fast gleich verteilt, finden aber in der Gruppe der Menschen mit Behinderung oder Behinderung im persönlichem Umfeld deutlichere Ausprägungen.

Wie stehen Sie zur vollständigen Schließung der folgenden Einrichtungen in Thüringen während der Corona-Epidemie?

Die vollständige Schließung von Einrichtungen wie Förderschulen, Tages- oder Werkstätten wird überwiegend als falsch beurteilt. Dass Förderschulen und Tages- oder Werkstätten für Menschen mit Behinderungen geschlossen wurden halten 25 beziehungsweise jeweils 26 Prozent für vollkommen falsch. Die Einschränkungen für Besucher von Wohnheimen finden zwar etwas mehr Zustimmung, erhält aber auch mit einer Ablehnungsquote von 22 Prozent viel Widerspruch.

Wie stehen Sie zur vollständigen Schließung der folgenden Einrichtungen in Thüringen während der Corona-Epidemie?

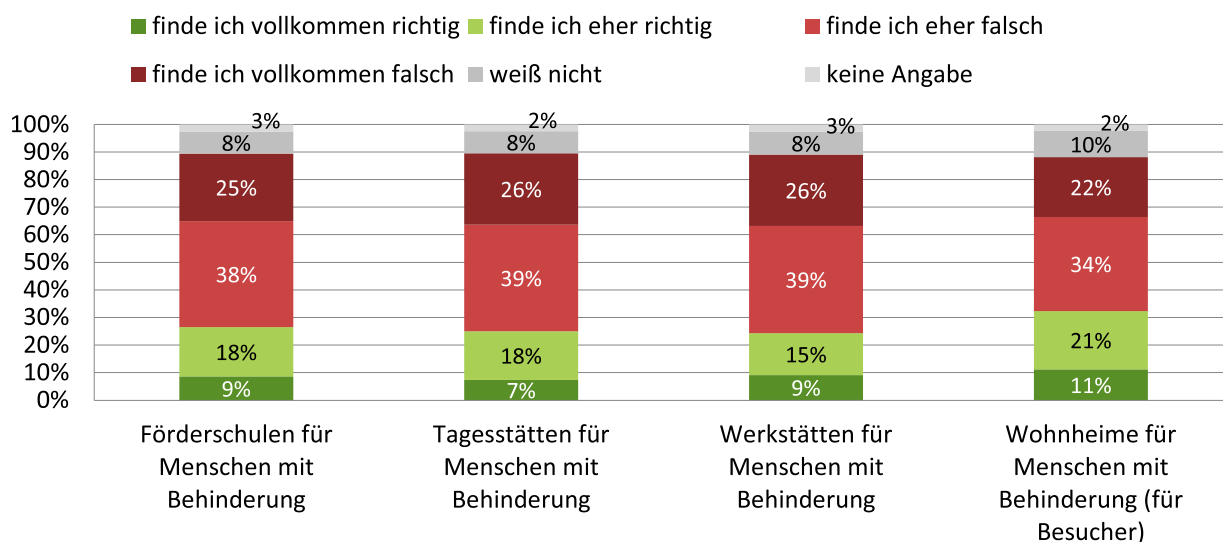


Abbildung 13: "Wie stehen Sie zur vollständigen Schließung der folgenden Einrichtungen in Thüringen während der Corona-Epidemie?"

Wie schon bei den Aussagen zu der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in einer Pandemie stehen die Ablehnungsraten auf einer breiten Basis; mit den stärksten Ausprägungen bei Menschen mit einer eigenen Behinderung oder einer im persönlichem Umfeld.

Sollten die Thüringer Werkstätten für Menschen mit Behinderung, die aufgrund der Corona-Krise wirtschaftliche Einbußen hinnehmen müssen, mit gesonderten staatlichen Hilfsprogrammen gefördert werden?

Fast drei Viertel aller Befragten und 83 Prozent der Befragten mit Behinderung sind der Meinung, dass die Thüringer Werkstätten mit gesonderten staatlichen Hilfsprogrammen gefördert werden sollen sofern sie wirtschaftliche Einbußen hinnehmen mussten.

Sollten die Thüringer Werkstätten für Menschen mit Behinderung, die aufgrund der Corona-Krise wirtschaftliche Einbußen hinnehmen müssen, mit gesonderten staatlichen Hilfsprogrammen gefördert werden?

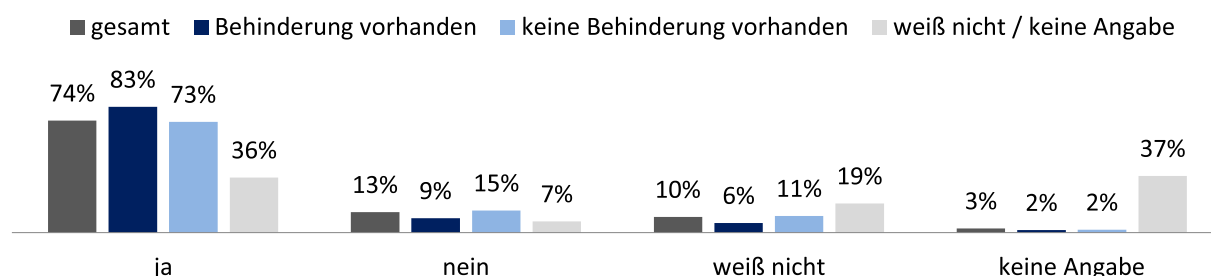


Abbildung 14: "Sollten die Thüringer Werkstätten für Menschen mit Behinderung, die aufgrund der Corona-Krise wirtschaftliche Einbußen hinnehmen müssen, mit gesonderten staatlichen Hilfsprogrammen gefördert werden?"

Besonders Menschen mit Behinderung und ältere Befragte unterstützen eine Förderung von Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Auch weibliche Befragte stimmen dem etwas häufiger zu als männliche dies tun (76 zu 71 %) und Befragte ohne Migrationshintergrund häufiger als Befragte mit einem Migrationshintergrund (76 zu 70 %). Außerdem stimmen dieser Forderung Befragte mit einem Haushaltseinkommen von unter 1.000 Euro deutlich seltener zu als die anderen Einkommensgruppen (63 zu 71 bis 80 %). Dabei sind nahezu alle Wähler der Grünen (91 %) und der SPD (90 %) für eine staatliche Förderung, während dies zwischen 66 Prozent (FDP) und 78 Prozent (Die Linke) der anderen Wählergruppen sind.

Wie sollten Menschen mit Behinderungen von den Corona-Konjunkturpaketen des Bundes und des Landes Thüringen profitieren?

Gestützt wurde abgefragt, welche konkreten Konjunkturmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen in Frage kommen. Die Unterstützung bei Bauprojekten erhält dabei die meisten Zustimmungen (45 %), gefolgt von Einmalzahlungen für Eltern von schwerbehinderten Kindern (40 %) und einem kostenlosen Nahverkehrsticket für ein Jahr (38 %).

Wie sollten Menschen mit Behinderungen von den Corona-Konjunkturpaketen des Bundes und des Landes Thüringen profitieren?



Abbildung 15: "Wie sollten Menschen mit Behinderungen von den Corona-Konjunkturpaketen des Bundes und des Landes Thüringen profitieren?"; Mehrfachantwort

Einmalzahlungen für Erwachsene mit einer schweren Behinderung, die Schaffung von Barrierefreiheit auf Internetseiten und eine Prämie für eine Umrüstung des Autos erhalten mit 33 Prozent, 31 Prozent und 30 Prozent ähnlich hohe Zustimmungsraten. Fünf Prozent sind der Meinung, Menschen mit Behinderungen sollten keine Unterstützung aus einem Corona-Konjunkturpaket erhalten. Diese Meinung ist über fast alle Teilgruppen fast gleich verteilt und findet keine signifikanten Ausreißer.